



# Koalition der Vernunft

Kassel, 23. November 2022

Koalitionsvertrag  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP  
2022 bis 2026

# Vorwort

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine Auswirkungen, nicht zuletzt die stark steigenden Preise, die Klimakrise mit ihren katastrophalen Folgen, die wir teilweise bereits heute spüren, sowie die Folgen der Corona-Pandemie stellen nicht nur Kassel vor enorme Aufgaben. Bei der Bewältigung dieser Aufgaben stellen wir auch die Weichen für den zukünftigen Umgang mit den großen Herausforderungen unserer Zeit. In dieser entscheidenden Phase braucht es eine verlässliche Stadtpolitik, die verbindlich Verantwortung übernimmt. Diese Verantwortung wollen wir annehmen und Kassel in einem kooperativen Stil führen.

Als Grüne, Christdemokraten und Freie Demokraten entstammen wir unterschiedlichen politischen Traditionen. Diese Unterschiede wollen wir nicht verdecken, sondern im gegenseitigen Verständnis für unsere unterschiedlichen Blickwinkel Gemeinsamkeiten suchen. Wir stehen in diesen schwierigen Zeiten zusammen und handeln gemeinsam im Interesse unserer Stadt.

Unsere Koalition der Vernunft wird Kassel bestens für die Zukunft aufstellen und den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft stärken. Wir konzentrieren unsere gemeinsame Arbeit auf Klimaschutz und Wirtschaft, Mobilität und Sicherheit, Bildung und Digitalisierung. Dabei behalten wir die sozialpolitischen Dimensionen unseres Handelns, die sich als Querschnitt durch diese Themenfelder ziehen, stets im Blick.

In diesem Koalitionsvertrag sind all jene Projekte festgehalten, deren gemeinsame Umsetzung wir bereits jetzt verbindlich vereinbaren. Darüber hinaus finden sich in diesem Vertrag gemeinsame politische Zielsetzungen und Ideen, nach denen wir künftige Entscheidungen ausrichten werden.

Die folgenden Kapitel sind weitgehend an der Struktur der Ausschüsse der 19. Wahlperiode der Kasseler Stadtverordnetenversammlung orientiert. Die Regeln der Zusammenarbeit sind im letzten Kapitel dieses Vertrages festgehalten.

# Inhaltsverzeichnis

|                                                |    |
|------------------------------------------------|----|
| Vorwort.....                                   | 2  |
| Inhaltsverzeichnis.....                        | 3  |
| Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen ..... | 4  |
| Klima, Umwelt und Energie .....                | 7  |
| Schule, Jugend und Bildung.....                | 11 |
| Mobilität und Verkehr .....                    | 14 |
| Stadtentwicklung und Wohnen .....              | 17 |
| Soziales, Gesundheit und Sport .....           | 21 |
| Chancen, Gleichstellung und Integration .....  | 24 |
| Recht, Sicherheit und Digitalisierung.....     | 26 |
| Kultur.....                                    | 29 |
| Regeln der Zusammenarbeit .....                | 32 |

# Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

- In der Haushaltspolitik liegen unsere Schwerpunkte auf Klimaschutz und Wirtschaft, Mobilität und Sicherheit, Bildung und Digitalisierung. Als thematischer Querschnitt wird die Sozialpolitik von uns jederzeit mitgedacht.
- Wir bekennen uns zur Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH und damit zur Daseinsvorsorge, Versorgung und Entsorgung in kommunaler Hand.
- Unser Ziel ist die Transparenz und Lesbarkeit der städtischen Finanzen sowohl im Stadthaushalt als auch im gesamten Stadtkonzern. Hierzu wollen wir einen Nachhaltigkeitshaushalt einführen, der sich an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen orientiert. Weiterhin werden wir regelmäßig einen Sponsoring-Bericht veröffentlichen. Grundsätzlich nutzen wir die Möglichkeiten des kommunalen Produkthaushalts mit konkreten Zielen und Kennzahlen, um unsere Politik transparent und messbar zu gestalten. Wir halten zudem am bereits gefassten Beschluss zum CO<sub>2</sub>-Schattenpreis fest, achten bei der Umsetzung auf eine Inflationsanpassung und führen eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe zur Koordination und Zusammenarbeit im Klimaschutz ein.
- Wir verstehen die Stadt Kassel als moderne, familienfreundliche Arbeitgeberin, die gesellschaftliche Vielfalt und Gleichstellung bei der Arbeitskräftegewinnung und der Entwicklung von Führungspersonal lebt und Diskriminierung aktiv entgegentritt. Wir streben eine Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Verwaltung und im Stadtkonzern an und nehmen dabei alle Ebenen in den Blick. Zu guter Arbeit in der Stadtverwaltung und im Stadtkonzern gehören für uns aktive Mitbestimmung und eine Kooperation mit Personal- und Betriebsräten auf Augenhöhe. Wir wirken dem Arbeits- und Fachkräftemangel, der mittelfristig die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung bedroht, durch gezielte Strategien der langfristigen Personalbindung und Entwicklung entgegen.
- Uns sind demokratische Steuerung und Transparenz im Stadtkonzern ein wichtiges Anliegen. Insbesondere gilt dies für Projekte der GWGpro. Wir prüfen deshalb die Einführung rechtssicherer Maßnahmen, z. B. Quartalsberichte für Stadtverordnete. Im städtischen Gesamtabschluss wollen wir die Vollkonsolidierung aller maßgeblichen Beteiligungen und aller Eigenbetriebe.
- Wir wollen einen soliden Haushalt ohne neue Schulden. Aus Achtung vor künftigen Generationen setzen wir auf konsequente Haushaltskonsolidierung. Nötige Ausgabenreduzierungen nehmen wir mit Augenmaß vor.
- Wir unterstützen den Ausbau wirtschaftlicher Netzwerke durch das Regionalmanagement, wollen Kassels Rolle im Netzwerk der Regiopole stärken und denken bei kommunalen Entscheidungen an die Entwicklung der ganzen Region. Wir unterstützen das Regionalmanagement und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft bei ihrer beratenden und steuernden Rolle des Transformationsprozesses der nordhessischen Wirtschaft.

- Wir werden ein Klimaschutzmanagement für den Bereich Industrie und Gewerbe einrichten, Wettbewerbe und Veranstaltungsreihen für themen- oder branchenspezifische Ansprache mit Wirtschaftsverbänden planen sowie zu Förderprogrammen, Intracting und Contracting beraten. Wir unterstützen Modellprojekte zur Treibhausgasbilanzierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen und begrüßen den Einsatz von Berechnungstools wie dem IHK-CO<sub>2</sub>-Preisrechner. Darüber hinaus wollen wir eine freiwillige Kasseler Lieferkettencharta initiieren. Wir wollen Kassels Einzelhandel, Dienstleistungssektor und Gastronomie fördern. Dies erreichen wir durch wohlwollende und zügige Genehmigung von Anträgen und Erteilung von Baurecht sowie ein aktives Citymanagement (Erlebniskonzepte, Gastrowochen etc.) und den möglichen Verzicht auf Sondernutzungsgebühren für Außengastronomie.
- Wir führen die Sanierungen städtischer Gebäude weiter, auch um durch ein hohes Auftragsvolumen den Mittelstand und das Handwerk zu unterstützen sowie deren Ausbildungsplätze attraktiver zu machen. Wir vergeben Aufträge ohne Ausschreibung freihändig an regionale Unternehmen, soweit das rechtlich möglich ist.
- Wir entwickeln brachliegende innerstädtische Gewerbeflächen, unterstützen das Interkommunale Gewerbegebiet Sandershäuser Berg und verfolgen weiterhin das Gewerbeflächenmanagement mit dem Zweckverband Raum Kassel. Zusätzlich erhöhen wir das Budget der Wirtschaftsförderungsgesellschaft.
- Kassel ist für uns nicht nur documenta-, Welterbe-, Grimm- und Kulturstadt, sondern auch eine Wirtschafts-, Universitäts-, Messe-, Sport- und Tourismusstadt. Wir wollen eine noch effektivere Vermarktung des touristischen Angebots in Nordhessen durch engere Zusammenarbeit mit umliegenden Regionen. Dabei setzen wir uns verstärkt für Wassertourismus an Fulda und Weser ein und intensivieren den Kurbad-Tourismus in Bad Wilhelmshöhe.
- Wir vermarkten und verstehen Kassel als „Stadt der Gründerinnen und Gründer“, in denen Gründungswillige Schutz und Unterstützung zur Entfaltung ihrer Ideen finden. Wir wollen mehr Freiräume für Start-ups schaffen und schaffen gute Rahmenbedingungen durch eine funktionierende Verwaltung, schnelle Genehmigungen, qualitative Kita-Plätze und weitere hervorragende Standortmerkmale. Wir bekennen uns zum Science Park und zu günstiger Infrastruktur für Gründerinnen und Gründer. Wir leisten individuelle Hilfe zur Vermeidung von Leerstand und prüfen die städtische Anmietung von Leerflächen, um sie Gründerinnen und Gründern zur Verfügung zu stellen. Wir wollen eine zentrale Anlaufstelle für gewerbliche Fragestellungen mit einem „Gründerlotsen“, der Gründerinnen und Gründer in organisatorischen und behördlichen Fragen berät. Auch hierfür treten wir in einen Dialog mit den Kammern und Verbänden. Darüber hinaus wollen wir das Förderprogramm „Lokale Ökonomie“ für Gründerinnen und Gründer weiterführen.
- Unser Ziel ist es, die Kooperation der Wirtschaft (IHK, HWK, Start-up-Szene) und der Wissenschaft (Universität Kassel und Forschungseinrichtungen) zu fördern.
- Wir gründen ein Netzwerk der nachhaltigen und der traditionellen Wirtschaft, um die verschiedenen Wirtschaftszweige in einen ständigen Dialog mit der Stadt zu bringen.

- Für uns ist die Erhebung von Gewerbesteuer kein Selbstzweck, sondern dient der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben. Im Rahmen der jeweiligen Haushaltsberatungen werden wir in diesem Selbstverständnis auch betrachten, ob die Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes nötig ist. Selbstverständlich erstreben wir auch eine preiswerte und nachhaltige Müllentsorgung sowie Wasser- und Energieversorgung unter dem Gebot der Wirtschaftlichkeit.

# Klima, Umwelt und Energie

- Wir bekennen uns zum Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 und wollen, dass die Klimaschutzstrategie dem zukünftigen Handeln der Verwaltung als Leitlinie und Handlungsleitfaden zugrunde gelegt wird. Im Wirken nach innen und außen – das heißt auch in die Bürgerschaft der Stadt hinein – soll der Magistrat die Bausteine der Strategie in der Kommunikation und im tatsächlichen Handeln weitertragen.
- Sofern Maßnahmen der Klimaschutzstrategie einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung benötigen, der noch nicht gefasst ist, werden wir diesen entsprechend der in diesem Koalitionsvertrag getroffenen Einzelvereinbarungen herbeiführen. In der Umsetzungspriorität der zahlreichen Maßnahmen orientieren wir uns an den in der Klimaschutzstrategie vorgeschlagenen Maßnahmenbündeln „Industrie und Gewerbe“, „Wärmepumpe“, „Klimafreundlich leben“, „Steuerung und Finanzierung“, „Photovoltaik“, „Wind“, „Fernwärme“, „Mobilität“ sowie „Kommunikation, Beteiligung und Bildung“. Diejenigen Maßnahmen aus den jeweiligen Bündeln, auf deren Durchführung wir uns in diesem Vertrag verständigt haben, werden wir priorisiert und abgestimmt vorantreiben. Zukünftige Empfehlungen des Klimaschutzrates, die zum Zeitpunkt der Koalitionsverhandlungen noch nicht bekannt sind, werden wir wohlwollend hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit beraten und bei Antragsverfassung Rücksprache mit den verantwortlichen Themenwerkstätten des Klimaschutzrates halten.
- Hinsichtlich des Monitorings und Controllings des Kasseler Klimaschutzes werden wir uns an den in der Klimaschutzstrategie festgehaltenen Vorschlägen orientieren und zusätzlich Klimaschutz als kommunalen Auftrag mit einem Treibhausgasrestbudget institutionalisieren.
- Wir binden die Unternehmensallianz aus IHK, HWK und VhU in unsere Klimaschutzpolitik ein. Hierzu wollen wir in enger Abstimmung mit den Institutionen und Verbänden ein Modell entwickeln, das die Arbeit des Klimaschutzrates ergänzt, beispielsweise zur Koordination von privaten Klimaschutzinvestitionen und zur Vernetzung der handelnden Akteurinnen und Akteure.
- Wir stärken die Energie-Versorgungssicherheit und errichten Photovoltaik auf allen dafür geeigneten Dächern in städtischer Hand. Zusätzlich setzen wir bei der Gebäudesanierung und beim Neubau an allen dafür geeigneten städtischen Gebäuden neue Methoden ein, wie den Einsatz von Photovoltaik bei Fenstern und an Fassaden. Wir nutzen PV-Intracing-Modelle und werben weiterhin mit Solarkampagnen für den privaten und gewerblichen Solarausbau. Darüber hinaus verfolgen wir eine Strategie zur Ausweitung der Solarnutzung im Bestand mit jährlichen Ausbauzielen und prüfen die rechtlichen Möglichkeiten, die uns kommunal zur Verfügung stehen, damit auf und an allen Gebäuden Solaranlagen entstehen. Außerdem prüfen wir die Errichtung von Kleinwasserkraftwerken und werden das vom Klimaschutzrat noch zu entwickelnde Maßnahmenbündel Wind wohlwollend beraten, sobald es vorliegt.
- Wir beschleunigen die Arbeit an einer Wärmestrategie mit Fernwärmesatzung und Wärmenetzausbauplanung für ein klimaneutrales Wärmeversorgungssystem. Wir schließen

unter anderem mit Hilfe von Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen Neubauten in Gebieten mit Nahwärmenetz an das Netz an oder sorgen alternativ für eine regenerative nicht-netzgebundene Wärmeversorgung. Zusätzlich werden wir mit einer Bauherrenberatung und durch Kampagnenarbeit weitere Haushalte zu einer regenerativen Wärmeversorgung verhelfen. Darüber hinaus bringen wir eine Selbstverpflichtung der Stadt zum prioritären Anschluss städtischer Gebäude an das Fernwärmenetz auf den Weg und nutzen unsere Möglichkeiten, um in der Regionalplanung Flächen für erneuerbare Wärme zu suchen. Dabei halten wir selbstverständlich am Kohleausstieg bis 2025 fest und stellen auf Klärschlamm und Holz um.

- Wir werden durch verschiedene Maßnahmen zum Energiesparen anregen. Dazu gehören Kampagnen, beispielsweise zum Austausch von alten Kühlschränken, Wettbewerbe, Stromspar-Beratungsangebote, Funktionen in einer App sowie Projekte zu Smart Home.
- Wir wollen die Artenvielfalt Kassels und seiner Region erhalten und entwickeln eine Biodiversitätsstrategie. Wir wollen die Kasseler Blühflächen erweitern, schaffen ein städtisches Grünflächenkataster und beschließen eine Grünsatzung, um unter anderem Stein- und Schottergärten möglichst zu unterbinden. Wir werden Biotopverbünde dort schaffen, wo es im Stadtgebiet möglich ist, erhalten Streuobstwiesen und sorgen dafür, dass sich das Beuys-Kunstwerk 7000 Eichen weiter gut entwickeln kann. Darüber hinaus bauen wir den Arbeitsbereich der Stadtverwaltung aus, der sich um Baumpflanzung und Pflege kümmert und erhöhen die Anzahl der Stadtbäume bis 2030 auf 100.000. Wir setzen uns für insektenfreundliche Beleuchtungen und weniger Lichtverschmutzung in der Stadt ein und unterstützen die Entwicklung und Umsetzung ökologisch verträglicher Beleuchtungskonzepte.
- Schulen sollen bei Bedarf auf Wunsch einen Zugang zu einem Schulgarten erhalten. Zudem behalten wir die Praxis der Auflagen zur Flächenbewirtschaftung in Pachtverträgen bei, stellen Informationen für biodiversitätsförderndes Gärtnern bereit, nehmen an der Ökomodell-Region Nordhessen teil und wirken beim Aufbau regionaler Logistik- und Lebensmittelverteilzentren mit. Darüber hinaus helfen wir, bestehende Ernährungsbildungsangebote bekannter zu machen, entwickeln Bildungsangebote mit der VHS und mit Quartierszentren und unterstützen stadtteilbezogene Mikroprojekte.
- An der Initiative „Städte gegen Foodwaste“ nehmen wir weiterhin teil und stärken Projekte wie Foodsharing. Wir wollen durch ein kommunales Abfallwirtschaftskonzept der Stadtreiniger zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen beitragen und einen Pakt mit Handel, Gastronomie und Initiativen schließen, um überproduzierte Lebensmittel konsequent umzuverteilen.
- Wir streben ein nachhaltiges Ernährungssystem mit mehr Bio-, regionalem sowie vegetarischem und veganem Essen in allen städtischen Einrichtungen an. In Schulmensen und städtischen Kantinen wollen wir dabei eine vegane Alternative sicherstellen, in Kitas werden wir entsprechend der Empfehlung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung auf ausschließlich vegane Speisepläne verzichten. Wir beginnen bei der Umsetzung in Schulen

und Kitas und entwickeln eine kommunale Ernährungsstrategie. Dabei sind wir offen für einen kommunalen Eigenbetrieb Ernährung wie in Göttingen oder Rostock. Zudem wollen wir Einrichtungen ermutigen, am Netzwerk „100 KlimaKantinen“ des Landes Hessen teilzunehmen. Beim Neu- und Umbau von Kitas und Schulen in städtischer Trägerschaft gestalten wir Küchen so, dass regionale und nachhaltige Nahrungsmittelversorgung und praktische Ernährungsbildung möglich sind.

- Wir errichten eine Baustoff- und Materialbörse entsprechend des bereits gefassten Beschlusses. Außerdem betreiben wir unsere Anstrengungen zur Einführung von Mehrwegsystemen weiter und wollen, dass Leitlinien für klimafreundliche Beschaffung erarbeitet werden. Bei der Ausschreibung der Bioabfallverwertung werden wir Vergärung priorisieren.
- Wir entwickeln ein Gesamtkonzept für die diversen in der Klimaschutzstrategie vorgeschlagenen Kampagnen und Konzepte wie das „Klima-Training“ und bündeln diese Informationen und Beteiligungsformate. Dazu verwenden wir Medien wie eine städtische Klima-Website und einen Klimaschutz-Newsletter. Zusätzlich nutzen wir soziale Medien und Printmedien aktiv, veranstalten Informations- und Dialogveranstaltungen, starten eine Serie mit alltagstauglichen Tipps für ein klimafreundliches Leben und bieten Stadtteilspaziergänge sowie Gemeinschaftsaktionen im öffentlichen Raum an. Neben dem bereits beschlossenen Klimaschutzpreis loben wir eine Klimabotschafterin oder einen Klimabotschafter aus. Der Klimaschutzrat und seine Themenwerkstätten sollen als zentrale Beteiligungsinstitution für den kommunalen Klimaschutz bestehen bleiben. Zusätzlich stärken wir Online-Beteiligungsplattformen und schaffen eine analoge Anlaufstelle für Information, Austausch und Beteiligung. Auch den Tag der Erde unterstützen wir weiterhin.
- Wir passen unsere Stadt aktiv an die Folgen des Klimawandels an und verbessern die Belüftungsbedingungen, erhalten Frischluftschneisen und bauen städtische Wärmeinseln durch Einsatz geeigneter Vegetationsstrukturen ab. Wir wollen Dächer und Fassaden nicht nur bei Neubauten begrünen, sondern Begrünungsmaßnahmen auch im Bestand fördern sowie an geeigneten Haltestellen. Wir pflanzen Bäume zur lokalen Wasserrückhaltung und achten bei Baumneuanpflanzungen auf Baumarten, die auch mit den veränderten Bedingungen zurechtkommen. Wir unterstützen die Nutzung von Brauchwasser in Gebäuden und schaffen Regenrückhalteflächen. Wir steigern die Resilienz im Städtebau und machen die Stadt weniger anfällig für extreme Wetterereignisse und Katastrophen.
- Wir betreiben notwendige Maßnahmen zur Luftreinhaltung kontinuierlich, um das Überschreiten der Grenzwerte zu vermeiden. Unter anderem stehen wir zu unserem gemeinsamen Beschluss, alle sinnvoll umsetzbaren rechtlichen Möglichkeiten schnellstmöglich auszuschöpfen, um privates Silvesterfeuerwerk in Kassel zu reduzieren und stattdessen alternative Angebote zu ermöglichen.
- Wir setzen uns für den Gewässerschutz im Gebiet der Stadt Kassel ein, bauen eine vierte Stufe im Klärwerk und renaturieren Gewässer überall dort, wo es sinnvoll und geboten ist.

- Tiere leiden in Städten häufig unter großflächiger Versiegelung, fehlender Nahrung oder zunehmender Hitze. Deshalb möchten wir unseren Beitrag zum Tierwohl leisten, indem wir Kassel als Lebensraum für Tiere verbessern und mit umfassenden Konzepten weiterentwickeln. Dazu richten wir einen Tierschutzfonds und einen kommunalen Tierschutzpreis ein, schaffen die Stelle einer oder eines ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten, beschließen ein Taubenkonzept für Kassel und stellen die nötigen finanziellen Ressourcen zur Umsetzung bereit. Darüber hinaus werden wir unsere kommunalen Handlungsspielräume nutzen, um zu verhindern, dass Veranstaltungen und Institutionen das Leben und die Gesundheit von Tieren beeinträchtigen. Wir wollen, dass möglichst nur noch FN-zertifizierte Reitangebote in Kassel stattfinden und der Verkauf von Hochzeitstauben ausschließlich durch zertifizierten Handel erfolgt. Außerdem errichten wir eine Hundeauslauffläche, wenn sie die Fläche anderer Nutzung nicht entzieht.
- Wir unterstützen das Vorhaben des Naturparks Habichtswald, ein neues, modernes Naturparkzentrum als zentrale Anlauf- und Informationsstelle einzurichten.

# Schule, Jugend und Bildung

- Wir verfolgen eine bedarfsorientierte Schulentwicklung, entwickeln das kommunale Bildungsmonitoring weiter und verstetigen es. Zusätzlich erstellen wir ein öffentliches Kataster zur Bestandsaufnahme und Bedarfsermittlung für Schulsanierungen. Ziel ist es, die Rahmenplanung der Sanierungsmaßnahmen anhand transparenter Kriterien auch für die Öffentlichkeit darzustellen. Dieses Sanierungskataster entsteht in sachlicher Abgrenzung zum Schulentwicklungsplan.
- Wir verfolgen die vielfältigen Ansätze des längeren gemeinsamen Lernens in Kassel weiterhin. Gleichzeitig respektieren wir den Elternwillen und werden dem steigenden Wunsch nach Gymnasialplätzen auch in Abstimmung mit dem Landkreis Rechnung tragen. Dafür setzen wir neben den Schulprojekten, die wir entsprechend des Schulentwicklungsplanes über den städtischen Haushalt realisieren, die Ausbau-, Sanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen der GWGpro im Schulbereich weiterhin und entsprechend der bereits gefassten Beschlüsse fort.
- Wir entwickeln die neue integrierte Gesamtschule in Nord-Holland mit Grundstufe und die Stadtteilbibliothek als Teil einer Bildungslandschaft Nord. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Bildungslandschaft Nord durch Kooperation mit der Universität als Forschungsstandort transparente Bildungszugänge und bessere Bildungserfolge entlang einer durchgängigen Bildungskette von der frühkindlichen Bildung bis zum lebenslangen Lernen ermöglicht.
- Wir streben gesunde Arbeitsbedingungen an allen Schulstandorten an und werden Entwicklungsmaßnahmen und Bauvorhaben wie Umzugsbegleitung und Innenraumgestaltung (wie bei der Zusammenlegung der Schulen für Erwachsene) professionell begleiten.
- Wir erarbeiten einen ämterübergreifenden Masterplan Digitale Bildung. Als Schulträger fördern wir die Schulen bei der Verbindung von digitalem Lernen und Präsenzunterricht. Wir unterstützen die Vermittlung von Medienkompetenz in Schule, Jugendhilfe und Ganztagsbetreuung. Darüber hinaus ist die Ausstattung der Schulen mit Glasfaser und WLAN sowie weiteren Geräten für einen zeitgemäßen Zugang zu Bildung unser Ziel. Wir unterstützen den Ansatz des Pools an IT-Anwendungsbetreuerinnen und -betreuer für den schnellen Einsatz an Schulen und wollen verstärkte Anstrengungen bei Qualifikation und Weiterbildung, damit alle Beteiligten über die nötigen Kompetenzen zur Arbeit mit digitalen Mitteln verfügen.
- Die kommunale Schulsozialarbeit führen wir weiter.
- Die Schulwegsicherheit stellt für uns ein hohes politisches Ziel dar. Dies werden wir mit einem Bündel an Maßnahmen angehen: verbesserte Kommunikation und Verkehrsbildung für Kinder und vor allem Eltern, Schwerpunktkontrollen des Ordnungsamtes und nötigenfalls Verkehrssicherungsmaßnahmen wie zum Beispiel temporäre Durchfahrtsbeschränkungen.
- Wir entwickeln die schülerbezogene Inklusion weiter. Hierfür erstreben wir barrierefreie Schulgebäude sowie Räume für inklusiven Unterricht, insbesondere bei Sanierungs- und Neubaumaßnahmen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Vielfalt der Schulformen und

Wahlfreiheit der Eltern zu erhalten. Das Angebot an Förderschulen und Förderschulzweigen halten wir attraktiv mit guten Rahmenbedingungen und guter Ausstattung.

- Wir werden das Angebot an Ganztagschulen ausbauen und weiterentwickeln sowie die Zusammenarbeit des betreuten Ganztags mit dem Hort fördern. Wir erhöhen die Qualität im Ganztags weiter und entwickeln das Rahmenkonzept Ganztags fort. Außerdem wollen wir mehr Kooperation des Ganztagesangebots mit ehrenamtlicher Arbeit, z. B. mit Sportvereinen und anderen Institutionen der Stadtgesellschaft. Beispielsweise wollen wir in den Schulen „Gründungs-AGs“ in Kooperation mit IHK bzw. HWK schaffen.
- Wir schaffen 500 zusätzliche Kita-Plätze pro Jahr, wollen die Versorgungsquote in Krippen und Kitas erhöhen und setzen die Qualitätsoffensive fort. Wir schaffen weitere duale Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher und zur Qualifizierung für die Tagespflege, um die Personalsituation in der Kinderbetreuung zu verbessern. Zusätzlich bauen wir den Einsatz multiprofessioneller Teams aus Logopädie, Ergotherapie und Psychologie für Kitas aus. Das Konzept der Kita-Sozialarbeit werden wir in der Breite etablieren, um Familien in besonderen Lebenssituationen zu unterstützen und über die Bildungsstätte hinaus anzusprechen. Außerdem wollen wir Alltagshelferinnen und -helfer einstellen, um die pädagogischen Fachkräfte bei nicht-pädagogischen Aufgaben zu entlasten. Wir stellen sicher, dass sich diese zusätzlichen Beschäftigten nicht auf den Personalschlüssel der pädagogischen Fachkräfte auswirken.
- Wir wollen die frühkindliche Bildung durch Sprach- und Kompetenzförderung jedes einzelnen Kindes sicherstellen. Dabei sind wir uns einig, dass die deutsche Sprache ein Schlüssel zur Teilhabe an der Gesellschaft ist.
- Den Start der digitalen Kita-Anmeldeplattform KIBEKA begrüßen wir und unterstützen seine weitere Entwicklung mit einer Evaluation nach angemessener Zeit. Außerdem wollen wir den Bedarf an Kindertagesstätten mit erweiterten Öffnungszeiten ermitteln, z. B. für Beschäftigte im Schichtdienst.
- Wir unterstützen Bildungsprojekte zur nachhaltigen Entwicklung in allen Bildungseinrichtungen (BNE) und entwickeln Kassel als „BNE-Modellkommune“. Darüber hinaus sorgen wir als Schulträger dafür, dass Schulen in den Bereichen Abfall, Mobilität, Konsum, Verpflegung und Mobilität eine Vorbildfunktion einnehmen, die im Einklang mit den pädagogischen Inhalten stehen. Auch außerschulische Lernorte werden wir weiterhin unterstützen und prüfen den Aufbau neuer Projekte.
- Wir verfolgen Maßnahmen zur Sicherung von Ausbildungsplätzen in Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft, der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter. Wir wollen ein breites Angebot an Berufsvorbereitung, -orientierung und -beratung. Dabei greifen wir auf das Konzept der Jugendberufsagentur zurück. Insgesamt erachten wir berufliche und allgemeine Bildung als gleichwertig. Die Bildungsregion Kassel als Oberzentrum beruflicher Bildung und Weiterqualifikation wollen wir weiter ausbauen. Hierfür sollen berufliche Schulen zu regionalen Kompetenzzentren weiterentwickelt werden.

- Wir sorgen für die größtmögliche Unterstützung der Universität Kassel und ihrer Weiterentwicklung sowie die Förderung von Kontakten und Partnerschaften. Insbesondere streben wir eine Kooperation der Sekundarstufe II mit der Universität Kassel, den Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft zur Vernetzung der Bildungsangebote an, schaffen unterhaltsame Formate der Wissenschaftskommunikation in der Stadtmitte und betonen die Rolle der Universität und Kassels Stärke als Wissenschafts- und Innovationsstandort in der Außenkommunikation der Stadt.
- Wir unterstützen das beschlossene Jugendgremium und wollen seine planmäßige Umsetzung, um Kinder und Jugendliche stärker an Entscheidungsprozessen zu beteiligen.
- Wir setzen uns dafür ein, Fragestellungen der psychischen Gesundheit in der Jugendarbeit noch stärker in den Blick zu nehmen und wollen hierfür Jugendarbeit und Pädagogik weiter sensibilisieren.
- Wir werden die Spielplätze weiterhin finanzieren und instand halten, damit unsere Kinder in der gesamten Stadt attraktive Spielangebote vorfinden. Wir wollen ein privates Angebot wie z. B. eine Kindererlebniswelt in der Innenstadt ermöglichen.
- Wir sichern die Familienzentren, die Jugendverbände und die freien Träger der Jugendhilfe (Jugendzentren, FFW) finanziell ab. Die Familiennetzwerke wollen wir ausbauen.
- Unser Ziel ist eine familienfreundliche Arbeitswelt. Hierfür werden wir die Erziehungs-, Familien- und Schwangerenberatung erhalten und bedarfsgerecht ausbauen.
- Wir unterstützen Programme zur Aufklärung von Jugendlichen über die Gefahren des Extremismus, insbesondere des Rechtsextremismus und anderen verfassungsfeindliche Bestrebungen. Insgesamt wollen wir schulische und außerschulische Angebote der demokratischen, kulturellen und medialen Bildung vernetzen und stärken, um mehr Teilhabe Jugendlicher zu ermöglichen.

# Mobilität und Verkehr

- Wir legen der Verkehrspolitik in der Stadt Kassel als Leitlinie zu Grunde, dass der Verkehr für alle Verkehrsarten funktionieren muss. Wir erkennen, dass die Planung des Verkehrs in früheren Dekaden weitgehend aus der Perspektive der Bedürfnisse des motorisierten Individualverkehrs stattgefunden hat. Wir sehen es als Ziel an, den anderen Verkehrsarten eine gleichermaßen sichere und komfortable Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Dabei gehen wir von einem lösungsorientierten und ideologiefreien Ansatz im Sinne der genannten Leitlinie aus. Wir binden alle relevanten Gruppen institutionell in die Verkehrspolitik ein.
- Wir stehen hinter dem integrierten Maßnahmenpaket Mobilität und werden die Maßnahmen des Umsetzungskonzeptes, sobald sie vorliegen, einzeln im Geiste des Gesamtpaketes diskutieren und beschließen. Dabei sind wir uns bewusst, dass ein integriertes Maßnahmenpaket nur im Zusammenspiel der verschiedenen Maßnahmen wirkt und sowohl Push- als auch Pull-Faktoren umfassen muss.
- Wir sorgen für die Erstellung von Mobilitätskonzepten in der Stadtplanung und schreiben den Verkehrsentwicklungsplan sowie die weiteren Verkehrskonzepte und Pläne in regelmäßigem Turnus fort. Wir verfolgen das Radverkehrskonzept und den Grundsatzbeschluss zum Radverkehr weiter und stehen zur Förderung des Fußverkehrs und der Erstellung des Fußverkehrskonzeptes.
- Wir schaffen ein sicheres und flächendeckendes Radwegenetz mit durchgängigen Radverkehrsverbindungen und bauen Radschnellwege/Raddirektverbindungen in Abstimmung mit dem Zweckverband Raum Kassel und dem Landkreis Kassel, mit denen Verbindungen aus dem Landkreis in die Stadt Kassel als Alternative zum Pendeln mit dem Auto geschaffen werden. Hierbei vollenden wir den Radschnellweg Nord aus Vellmar nach Kassel und bringen die Planung und Realisierung der Verbindungen Süd aus Baunatal über Ober- und Niederzwehren sowie aus Kaufungen über den Kasseler Osten voran.
- Um geschützte Radinfrastruktur an oder parallel zu Hauptverkehrsstraßen einrichten zu können, werden wir im Hauptverkehrsstraßennetz die Reduzierung von Autofahrstreifen unter Beachtung ihrer Leistungsfähigkeit und unter Offenheit für die technische Lösung des Einzelfalls prüfen.
- Im Nebenstraßennetz werden wir Radverkehrsverbindungen sicherer machen, indem wir mit geeigneten Maßnahmen den Durchgangsverkehr von solchen Routen fernhalten, die vorrangig dem Radverkehr dienen oder zukünftig dienen sollen. Maßnahmen können hierbei im Einzelfall z. B. Einbahnstraßenregelungen, Durchfahrtsverbote, Durchfahrts Hindernisse und bauliche Veränderungen sein. Dies gilt besonders für Fahrradstraßen. Auf berechtigten Anliegerinteressen des Kfz-Verkehrs nehmen wir Rücksicht.
- Wir verfolgen das Ziel, neue Tramstrecken zu bauen, den Fuhrpark des ÖPNV zu modernisieren, Haltestellen zu optimieren und ein flächendeckendes Reiseinformationssystem einzuführen. Unter der Voraussetzung der Förderfähigkeit wollen wir eine Verbindung von Lohfelden über Waldau nach Harleshausen schaffen. Darüber hinaus

realisieren wir die Herkulesbahn unter der Bedingung der Finanzierbarkeit und wirken auf ein Verkehrskonzept für den Bergpark hin. Wir prüfen eine ergänzende Straßenbahnverbindung auf dem Steinweg zur Anbindung des Justizzentrums, des Theaters und des Regierungspräsidiums unter Berücksichtigung der aktuellen Auslastung der Oberen und Unteren Königstraße mit Schienenverkehr.

- Zusätzlich unterstützen wir die KVG durch Linienverdichtung und Verbesserung des Taktes für gute Anbindung in die Stadtteile und das Umland auch am Abend und am Wochenende. Dabei achten wir auf eine bessere Verzahnung von Großveranstaltungen mit dem ÖPNV. Darüber hinaus wollen wir Service, Sicherheit und Sauberkeit des ÖPNV verbessern. Unter anderem wollen wir für zusätzliche Steckdosen, WLAN und digitale Zahlungsmöglichkeiten im ÖPNV sorgen.
- Zur Erprobung veränderter Verkehrsführungen oder Flächenverteilungen auf Straßen wählen wir einen methodenoffenen Ansatz durch verkehrsplanerisch geeignete Instrumente, wie z. B. Simulationen, Berechnungen oder Verkehrsversuche. Die Entscheidung für die passende Methode wird für jedes Projekt individuell getroffen. Bei Hauptverkehrsstraßen sollen Simulationen, Berechnungen oder Kombinationen hieraus der Anordnung eines Verkehrsversuchs vorgeschaltet werden. Zusätzlich wollen wir das Instrument des Verkehrsversuches unter anderem bei Lückenschlüssen des Radverkehrsnetzes einsetzen, die nicht unbedingt Hauptverkehrsstraßen betreffen.
- Wir verfolgen eine technologische und methodische Offenheit in der Verkehrsplanung, beispielsweise mit Prüfung der unterirdischen Verlegung von Straßen, der Prüfung von Kreisverkehren statt Kreuzungen, der Prüfung von Seilbahnverbindungen sowie der Erprobung von Rad-Highways nach Schweizer Vorbild.
- Wir werden aus Gründen der Investitionsfreundlichkeit und zum Zweck der Steuerung des motorisierten Individualverkehrs die Stellplatzsatzung anpassen, Parkbevorrechtigungen für E-Fahrzeuge und Carsharing schaffen, Park-and-Ride-Parkplätze an ausgewählten Haltestellen einrichten und für moderne Park-and-Ride-Angebote sorgen. Außerdem wollen wir weiterhin Radabstellanlagen einrichten, die auch auf Kfz-Parkplätzen entstehen können. An Bahnhöfen und in den Quartieren werden wir Mobilitätsstationen einrichten. Parallel dazu ermöglichen wir Ausnahmegenehmigungen zum Parken für das Handwerk sowie Pflegedienste, Hebammen und weitere darauf angewiesene Dienstleisterinnen und Dienstleister und prüfen die Einrichtung von weiteren Kurzzeitparkplätzen in Abstimmung mit den Ortsbeiräten. Über ein Gesamtpaket zur Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung und zur zeitgemäßen Reform der Parkgebühren werden wir auf Grundlage der ausgearbeiteten Vorschläge im integrierten Maßnahmenpaket Mobilität beraten.
- Wir optimieren die Ampelschaltungen, unter anderem mit einer uhrzeitabhängigen Steuerung, und prüfen die Einführung von Countdown-Ampeln. Auf vorrangigen Radverkehrsrouten werden die Ampelschaltungen zugunsten des Radverkehrs optimiert. Wir integrieren diese Maßnahmen in unsere Verkehrsmanagementkonzepte und

Digitalsteuerungen für alle Verkehrsmittel, die umweltsensibel ausgerichtet werden sollen. Darüber hinaus passen wir die Einsatzpläne des Winterdienstes an.

- Wir begrüßen das bundesweit geplante 49-€-Ticket und werden auch das Mittendrin-Ticket so anpassen, dass es seine soziale Funktion weiter erfüllen kann. Unser Ziel ist es, dass die Berechtigten des Mittendrin-Tickets nicht schlechter gestellt werden als derzeit.
- Wir werden Bereiche zur Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit identifizieren, aber auf Hauptverkehrsstraßen kein generelles Tempo 30 einführen. Wir setzen uns ein für den verstärkten Einsatz mobiler Blitzer als Ergänzung zu stationären Blitzern.
- Wir informieren über nachhaltige Mobilität im Willkommenspaket der Stadt, starten Ideenwettbewerbe zur Umgestaltung des Straßenraums, beauftragen bewusstseinsbildende Kampagnen zur Veränderung der Verkehrsmittelwahl, schaffen App-Funktionen für intermodale Verkehrsnutzung und starten ein betriebliches Mobilitätsmanagement.
- Wir arbeiten an einem City-Logistik-Konzept und initiieren gemeinsame Modellprojekte. Zusätzlich weiten wir die Ladezonen im Innenstadtbereich auf bestehenden Parkflächen aus.
- Wir prüfen ergebnisoffen konkrete Schritte zur wesentlichen Verbesserung der Verkehrssituation am Platz der Deutschen Einheit und beschäftigen uns in diesem Kontext auch mit Radschnellwegen und der Tram von Harleshausen nach Waldau und Lohfelden, um die Verkehrsströme ins Umland sowie die Verkehrsströme, die Kassel nur durchqueren, gemeinsam zu betrachten.
- Wir verfolgen das Ziel, die Situation des Fernbusbahnhofs zu verbessern und werden mit privaten Partnern auch die Standortfrage diskutieren.
- Wir prüfen die Einrichtung von autofreien Quartieren und stehen zu Quartiersgaragen als modernem Mobilitätskonzept entsprechend des gemeinsam beschlossenen Konzeptauftrages.
- Wir fördern Alternativen zum Verbrennungsmotor, bauen eine bedarfsgerechte Lade-Infrastruktur für E-Fahrzeuge auf und prüfen eine Konzessionsvergabe. Gleichzeitig wollen wir die Fahrzeugflotte der Stadt und der städtischen Betriebe klimaneutral machen und auch Modelle wie das Jobrad nutzen.
- Wir wollen die Potenzial- und Bedarfsanalyse Nordhessen weiterführen und ein Pilotprojekt zur Nutzung von Wasserstoff im Wirtschaftsverkehr schwerer Nutzfahrzeuge in Kooperation mit der LEA (Landes-Energie-Agentur Hessen GmbH) und dem Regionalmanagement entwickeln. Darüber hinaus werden wir die Belange der Wasserstoffwirtschaft in der Bauleitplanung beachten und eine Quellen-Senken-Analyse erstellen.
- Wir zeigen Offenheit für moderne Mobilitätsformen und bewerben uns für Teststandorte.

# Stadtentwicklung und Wohnen

- Wir überprüfen städtebauliche Ziele permanent, beziehen Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung ihrer Lebensräume ein und achten auf eine angemessene Repräsentation. Dafür nutzen wir unter anderem Wettbewerbe als Grundprinzip des Städtebaus unter Einbeziehung von Projektbeiräten. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte führen wir weiter und nutzen die bestehenden Fachkonzepte als Grundlage für ein fachübergreifendes gesamtstädtisches Entwicklungskonzept.
- Wir verfolgen die Prinzipien von Nachhaltigkeit und Suffizienz bei der Stadtentwicklung und handeln nach der Leitlinie „Innen vor Außen“. Wir schließen Baulücken unter Beachtung des Einfügungsgebots und verhandeln mit dem Land Hessen über ein Nutzungskonzept für leerstehende Liegenschaften des Landes. Wir verankern Klimaschutz mit einem Fachbeitrag in der Bauleitplanung und schaffen verfahrens- und einzelfallabhängige Festsetzungen in Bebauungsplänen bzw. öffentlich-rechtlichen Verträgen zu verschiedenen Handlungsfeldern (Gebäudestandard, Erneuerbare Energien, Ressourceneffizienz, Begrünung etc.). Wir installieren eine Energie- und Förderberatung von Investorinnen und Investoren und starten Kampagnen zur Aktivierung von ungenutztem Wohnraum, zur Reduzierung des individuellen Wohnflächenverbrauches und für grüne Gärten in Wohngebieten. Wir erstellen Potenzialkataster zu Aufstockung und Nachverdichtung, Begrünung sowie zur Entsiegelung und fördern Allmende bzw. Gruppen, die sich dafür einsetzen. Wir achten bei Neubauten auf die Erhaltung von lokalklimatischen Ausgleichsflächen. Wir beschließen ein Bodenschutzkonzept, setzen einen Mindestgrünflächenanteil in Anlehnung an die Baunutzungsverordnung fest und sorgen für die Entsiegelung von Flächen bei Aufstellung von Bebauungsplänen und sonstigen städtischen Eingriffsvorhaben.
- Wir werden vermehrt Holz als nachhaltigen Baustoff bei städtischen Bauprojekten einsetzen.
- Wir setzen das Wohnraumversorgungskonzept um und schaffen 3.000 neue Wohnungen inkl. 1.000 neue Sozialwohnungen bis zum Ende der Wahlperiode. Dazu dehnen wir unter anderem das Angebot der Kasseler Wohnungsbaugesellschaft aus und schaffen insbesondere bezahlbaren Wohnraum für Familien inkl. Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung (barrierefrei), ältere Menschen, Azubis und Studierende. Dabei streben wir generationengerechte Wohnangebote und angemessene Mietpreise an. Die guten Erfahrungen der Begleitung der Innenentwicklung aus Helleböhn, Waldau und Brückenhof führen wir fort. Gleichzeitig erarbeiten wir Strategien, um Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entgegenzuwirken. Wir setzen uns dafür ein, dass angemessene Wohnkosten für Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherungsleistungen fair und realitätsgerecht ermittelt werden. Darüber hinaus werden wir bezahlbaren Wohnraum durch die Umsetzung der Sozialwohnungsquote und effektiven Schutz für Mieterinnen und Mieter erhalten und ausbauen. Wir fördern bei Übererfüllung der Sozialwohnungsquote und vertiefen die Zusammenarbeit mit Sozialträgern. Wir sehen Erhaltungssatzungen und das kommunale Vorkaufsrecht als mögliche sozialpolitische Instrumente, sofern die

Gesetzesnovelle zur Rechtssicherheit führt und keine milderer Mittel die nötige Wirkung entfalten. Außerdem starten wir ein Modellprojekt „Modernisierung und Preisentwicklung“, fördern künftig auch Projekte im Landesprogramm „Mittlere Einkommen“ und ermöglichen vielfältiges Wohnen und neue Wohnformen. Insgesamt wollen wir bei der Stadtentwicklung beachten, dass auch junge Familien die Möglichkeit haben, Eigentum zu erwerben.

- Wir streben ein durchmischtes Stadtgebiet an, so dass auch Handwerksbetriebe ihren innerstädtischen Platz behalten.
- Wir prüfen Konzeptvergaben beim Verkauf von städtischen Grundstücken und legen dabei auch das Kriterium des Beitrags zur Klimaneutralität an.
- Wir treiben die Erstellung von energetischen Quartierskonzepten und die Einstellung von Quartiersarchitektinnen und -architekten voran. Wir bauen eine stadtweite Beratungsstelle und eine Datenbank erfolgreich sanierter Gebäude auf, führen eine Sanierungskampagne durch, informieren über Förderprogramme und bauen eine ergänzende Förderlandschaft auf. Beim Einklang von Denkmal- und Klimaschutz verfolgen wir quartiersbezogene Ansätze. Neubauten errichten wir nach höchsten energetischen Standards. Bei städtischen Gebäuden senken wir den Energiebedarf nicht nur bei Neubau, sondern setzen auch im Bestand auf erneuerbare Energien und energetische Sanierungsmaßnahmen. Dabei beachten wir „Graue Energie“ als Ressource und handeln nach dem Grundsatz „Bestand vor Neubau“. Zusätzlich setzen wir auf die multifunktionale Nutzung städtischer Gebäude mit dem Ziel einer ganztägigen und damit auch abendlichen Auslastung. Wir streben an, dass Neubaugebiete nur noch klimaneutral gebaut werden, mit Nutzung dezentraler erneuerbarer Energien, innovativen Mobilitätskonzepten und möglichst wenig Neuflächeninanspruchnahme. Mit klima- und sozialgerechten Bebauungsplänen für Neubaugebiete werden wir die Klimaschutzanforderungen des Jahres 2050 und die sozialen Interessen der Mieterinnen und Mieter miteinander vereinbaren. Darüber hinaus erstreben wir die Erarbeitung eines Konzeptes durch die GWG zum Neubau und Ankauf von Wohnungen unter Berücksichtigung des aktuellen Anstiegs der Baukosten mit dem Ziel, bezahlbaren und ökologischen Wohnraum zu schaffen. Parallel soll ein Programm zur Modernisierung der Bestandswohnungen umgesetzt werden.
- Wir schaffen und fördern bauliche Barrierefreiheit stadtweit. Das umfasst unter anderem die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum, barrierefreien Schulen und Kitas, einen barrierefreien ÖPNV mit barrierefreien Haltestellen und Umsteigemöglichkeiten, barrierefreien Fußwegen und barrierefreien Spielplätzen.
- Wir werden eine langfristige Bodenbevorratung durch eine vorausschauende Bodenvorratspolitik aufbauen. Unser Ziel ist es, deutlich mehr Kasseler Flächen in städtischem Eigentum zu erlangen, um diese künftig durch Erbbaurecht und Wiederkaufsrecht zu vergeben.
- Wir erschließen innerstädtische Brach- bzw. andere gering genutzte Flächen gezielt und reaktivieren alte Industriegelände und Gewerbeflächen durch strukturierte Stadtsanierung.

- Wir koordinieren Baustellen effizient und betreiben ein Zielkostenmanagement für öffentliche Bauprojekte, schaffen die Rahmenbedingungen für zielgerichtete und schnelle Schaffung von Baurecht bei Erweiterungs- oder Neubauvorhaben und richten eine städtische Anlaufstelle für die Beschleunigung von Bauverfahren ein.
- Wir wollen historische Grimm-Orte erhalten und weiterentwickeln.
- Wir bringen ein Gesamtkonzept für die Nordstadt auf den Weg, entwickeln das Quartier von KulturBahnhof bis zum Schlachthof für die Kulturwirtschaft weiter und schaffen einen weiteren attraktiven Park für die Nordstadt am Vier-Tore-Platz.
- Wir wollen Kassel als Stadt am Fluss für alle erlebbar machen und gegenseitigen Respekt auf dem Wasser fördern. Als Grundlage für konkrete Maßnahmen sehen wir die zahlreichen Impulse aus dem Fuldakonzept. Wir werden weiterhin Mittel für den Erhalt und die Pflege des Buga-Sees zur Verfügung stellen.
- Wir verzahnen Verkehrs- und Stadtplanung, um Stadtentwicklung mit neuen Verkehrsangeboten zu verknüpfen. Wir werden das Ziel der Stadt der kurzen Wege in der Stadtplanung verankern: Alle Bedarfe des täglichen Lebens sollen innerhalb von 15 Minuten mit dem Rad oder zu Fuß erreicht werden können.
- Wir stellen mehr Flächen für Radverkehr, Fußverkehr, den ÖPNV, Stadtgrün sowie für Spiel- und Aufenthaltsflächen und Gewerbetreibende bereit. Hierfür sind wir auch zur Umwidmung von bisher für den Autoverkehr genutzten Flächen bereit. Wir schaffen mehr öffentliche Begegnungsorte mit hoher Aufenthaltsqualität, werden Stadtoasen in unterversorgten Gebieten entwickeln und bestehende Grünanlagen auch unter Lärmschutzaspekten weiterentwickeln.
- Wir setzen den stringenten Umgang mit Einzelhandelsverkaufsflächen im Sinne des „Kommunalen Entwicklungsplans Zentren“ fort, unterstützen die Neuauflage des Zentrenkonzepts und entwickeln das Innenstadtleitbild für mehr Attraktivität weiter. Die Umgestaltung des Parkplatzes am Karlsplatz werden wir angehen. Zusätzlich prüfen wir die räumliche Ausdehnung des Weihnachtsmarktes. Das Quartier Entenanger-Pferdemarkt-Uni entwickeln wir wie beschlossen mit einem Masterplan fort und werten es für Fußgänger auf. Wir denken und planen diesen Teil unserer Stadt zusammenhängend. Die Kurt-Schumacher-Straße muss dabei ihre trennende Wirkung verlieren. In diesem Zusammenhang prüfen wir, den Stern zum funktionierenden, barrierefreien und sicheren Hauptumsteigepunkt zu machen.
- Wir gehen sensibel mit historischer Bausubstanz um und prüfen den Wiederaufbau kriegszerstörter Altstadt-Gebäude sowie die Neugestaltung um Altmarkt und Entenanger in kritischer Rekonstruktion historischer Vorbilder. Wir wollen historische Denkmäler erhalten und bringen Hinweisschilder zur stadtgeschichtlichen Einordnung an. Auch hinsichtlich der Gestaltung der Plätze, Parks und Wege streben wir eine lebendige Altstadt vom Königsplatz über den Entenanger bis an die Fulda an.

- Das Henschel-Areal wird mit Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner zu einem funktionsgemischten Gebiet entwickelt. Unser Ziel ist ein Ort, der Kultur, Kreativwirtschaft, Wohnen und Arbeiten vereint.
- Wir leisten aktive städtische Unterstützung mit dem Ziel des privaten Bauens und Betreibens einer Multifunktionshalle. Den Bebauungsplan für eine zweite Eissporthalle „Am Sportzentrum“ werden wir nicht beschließen.
- Wir errichten mehr öffentliche Toiletten.
- Wir wollen auf neue Formen der Friedhofskultur eingehen und setzen uns weiterhin für zeitgemäße Begräbnisformen ein.

# Soziales, Gesundheit und Sport

- Wir schnüren ein Ergänzungspaket zu den Hilfsmaßnahmen aus Bund und Land angesichts der hohen Energiepreise. Zu diesem Paket gehören Maßnahmen zur schnelleren Bearbeitung der zahlreichen Wohngeldanträge, die aufgrund der Wohngeldreform ab Januar 2023 zu erwarten sind. Neben der Sicherstellung der Verfahrensabläufe wollen wir Beratung und Information in allen für Kassel relevanten Sprachen. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass die GWG weiterhin, wie auch die landeseigenen Wohnungsgesellschaften, keinen Mieterinnen und Mietern aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten durch die steigenden Energiekosten kündigt. Zusätzlich schaffen wir eine niedrigschwellige Anlaufstelle, um auch die Menschen über ihre Leistungsansprüche zu informieren, die bisher keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen mussten. Ergänzend weiten wir Angebote wie den Stromspar-Check aus und werden die Prämie für die Anschaffung von energiesparenden Haushaltsgeräten erhöhen. So stellen wir sicher, dass unsere Hilfen nicht auf Transferleistungen angerechnet werden.
- Wir ergreifen auch unabhängig von den Energiepreisteigerungen Maßnahmen zur Armutsprävention und führen den „Pakt gegen Armut“ weiter.
- Wir setzen uns zum Ziel, die medizinische Versorgung, die Gesundheitsfürsorge und die Pflege auszubauen, und setzen dabei insbesondere auf eine Verbesserung der Beratungsangebote und Vernetzungsmöglichkeiten. Wir bekennen uns zur GNH und zum Klinikum als öffentlichen Maximalversorger. Darüber hinaus wollen wir medizinische Versorgungszentren in kommunaler Hand durch die GNH gründen.
- Wir entwickeln eine kommunale Strategie zur Verbesserung der Kindergesundheit
- Wir setzen uns für eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes ein.
- Wir fördern leistungsfähige ambulante Zentren, wollen die Notfallprävention für Obdachlose und andere vulnerable Gruppen verbessern.
- Wir unterstützen Familien bei der Suche nach Wochenbettbetreuung und schaffen in Kooperation mit den Innenstadtkaufleuten ein Netz stillfreundlicher Orte in der Stadt. Darüber hinaus stehen wir der Gründung eines hebammengeleiteten Kreißsaals am Klinikum Kassel wohlwollend gegenüber.
- Wir haben die Anliegen der Seniorinnen und Senioren im Blick und werden als Kommune unterstützend tätig. Für die seniorengerechte Gestaltung Kassels suchen wir weiterhin die enge Abstimmung mit dem Seniorenbeirat. Wir sorgen für unterstützende Maßnahmen und Hilfeleistungen bei selbstbestimmtem Wohnen und werden weiterhin altersgerechte Wohnformen bzw. Mehrgenerationenhäuser schaffen. Darüber hinaus wollen wir arbeitssuchende Menschen zu Sorgeassistentinnen und -assistenten fortbilden, damit Seniorinnen und Senioren quaternahe Hilfe im Alltag erhalten. Außerdem werden wir App-Funktionen gezielt für Seniorinnen und Senioren in den Smart-City-Prozess einbringen.
- Wir schaffen und erhalten Schutzmaßnahmen für die ältere Bevölkerung bei Hitzeperioden auf Basis des regionalen Klimaanpassungskonzepts aus KLIMZUG Nordhessen, beispielsweise das Hitzetelefon Sonnenschirm.

- Wir werden ein Konzept gegen Einsamkeit und Isolation auf jeder Altersstufe erarbeiten.
- Wir fördern den weiteren Ausbau der Schlafplätze für Wohnungslose, insbesondere für Frauen.
- Wir unterstützen die Sozialarbeit bei Treffpunkten und stationären Angeboten, z. B. im Café Nautilus.
- Wir stehen weiterhin zu der wichtigen Arbeit der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen.
- Wir verfolgen den Aus- und Neubau sowie den Betrieb und Unterhalt von Freizeit-, Spiel- und Sportstätten. Dabei berücksichtigen wir die Anforderungen des inklusiven Sports. Wir erhalten die vorhandene Bäderlandschaft und unterstützen weiterhin den Bau eines neuen Lehrschwimmzentrums.
- Wir wollen, dass allen Kindern kostenlos Grundfähigkeiten des Schwimmens vermittelt werden. Wir setzen das erfolgreiche Projekt des Amtes Kindertagesbetreuung dauerhaft fort, indem in Kooperation mit der Universität Kassel, Intensivschwimmkurse in den Schulferien über die Schulhorte organisiert wurden, und ermöglichen auch älteren Kindern im Rahmen des Ferienbündnisses den Zugang zu dem Projekt.
- Wir werden die Sportförderrichtlinie so überarbeiten, dass sichergestellt ist, dass die Fördermittel Frauen und Mädchen im gleichen Maße erreichen wie Männer und Jungen. Dabei wollen wir auch beachten, dass es sich in der Sportförderung darstellt, wenn Sportvereine besondere integrative Funktionen wahrnehmen.
- Wir wollen den Schul- und den qualifizierten Vereinssport besser verzahnen, damit in Schulen für Sport geworben wird und dort junge Talente erkannt sowie gezielt gefördert werden. Darüber hinaus ist es unser Wunsch, dass Vereinsmitgliedschaften unabhängig von den finanziellen Verhältnissen möglich sind. Gleichzeitig werden wir Angebote wie Streetbolzer, Mr. Wilson und Freestyle weiter fördern.
- Wir unterstützen Vereine, kleinere Initiativen und freie Angebote (nicht nur) im Sport. Wir sorgen für gute Rahmenbedingungen und finanzielle Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten. Dazu gehören gezielte Hilfs- und Beratungsangebote für das Ehrenamt. Wir wollen ein Belegungsmanagementsystem für die Sportvereine einführen, um vorhandene Kapazitäten besser zu nutzen, und prüfen die Einrichtung eines Videokonferenzsystems, das den Vereinen zur Verfügung gestellt wird, um deren ehrenamtliche Arbeit zu erleichtern. Die Aus- und Fortbildung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern unterstützen wir, damit es weiterhin ein breites und fachgerechtes Sportangebot geben kann. Zusätzlich prüfen wir, ob ehrenamtliches Engagement in städtischen Bewerbungsverfahren stärker gewürdigt werden kann.
- Wir setzen Kinderschutz in Sport konsequent um und unterstützen die Vereine weiterhin bei der Entwicklung von Schutzkonzepten.
- Wir wollen adäquate Bewegungsangebote in der ganzen Stadt, z. B. Sporthallen, kleine und große Außenanlagen für Boule, Tischtennis, Krafttraining, Leichtathletik, Trendsportarten etc. Hierzu zählt als Ort des Wassersports auch die Fulda, auf der wir eine stehende Welle für den

Surfsport einrichten werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Erholungsplanung für den Naturpark ein, die alle Freizeitnutzungen wie Radwandern, Mountainbiken, Downhill, Spaziergehen etc. umfasst. Insbesondere werden wir ausgewiesene Strecken für Radsport im Wald errichten, um illegale Trails zu verhindern.

- Wir wollen in Kassel ein Childhood-House im neu zu errichtenden Kleine-Riesen-Haus etablieren.

# Chancen, Gleichstellung und Integration

- Wir richten eine Antidiskriminierungsstelle ein und bauen das Amt für Chancengleichheit im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten weiter aus. Wir setzen die von Kassel unterzeichnete „Charta der Vielfalt“ in städtischen Arbeitsstrukturen um, wollen die Integrationsbeauftragte und das WIR-Vielfaltszentrum stärken und das Integrationskonzept unter Beteiligung von Ausländerbeirat und Migrantenvereinen umsetzen.
- Wir bekennen uns zum Ausländerbeirat und zum Rat der Religionen als wichtige Institutionen für Austausch und Verständnis. Im Rahmen der städtischen Zuständigkeit bringen wir Geflüchtete auch weiterhin möglichst dezentral unter.
- Wir wissen um die Bedeutung der christlichen Kirchen und jüdischen und muslimischen Gemeinden für unsere Stadt. Wir wertschätzen die Leistungen der religiösen Institutionen im sozial-karitativen Bereich. Wir begrüßen und unterstützen die weltanschauliche Vielfalt unserer Stadt. Wir bekennen uns zum Schutz der gesetzlich festgelegten, insbesondere christlich geprägten Feiertage ebenso wie zur Sonntagsruhe. Die Kirchen und die Religionsgemeinschaften leisten einen unverzichtbaren Dienst am Nächsten und lenken den Blick auf jene, die es in dieser Zeit am schwersten haben. Die religiösen Gemeinschaften bekommen eine Ansprechperson im Kultur-Dezernat für ihre vielfältigen Angebote und Anliegen.
- Wir wollen die Gedenkveranstaltungen für NSU-Opfer unter Federführung von Stadt und Land so weiterführen, dass ein würdiges Gedenken in enger Abstimmung mit der Familie sichergestellt ist.
- Bezüglich der Umbenennung von Straßen handeln wir gemeinsam mit den Ortsbeiräten auf Grundlage der Empfehlungen des Gremiums, das die nationalsozialistische und kolonialgeschichtliche Rolle von geehrten Personen bewerten und Vorschläge für den Umgang mit den jeweiligen Straßen- und Platznamen erarbeiten soll.
- Wir erstellen einen Gleichstellungs-Aktionsplan entsprechend der Europäischen Charta für Gleichberechtigung. Städtische Gremien und Führungspositionen werden wir möglichst paritätisch besetzten. In städtischen Arbeitsverhältnissen wollen wir den Gender-Paygap überwinden.
- Wir werden die Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Frauen umsetzen. Dazu gehört, den Bedarf des Frauenhauses im Blick zu behalten und eventuell anzupassen. Wir unterstützen die Fachberatungsstellen für Opfer sexualisierter Gewalt und häuslicher Gewalt und unterstützen dabei besonders Frauen. Auch häusliche Gewalt an Kindern und Jugendlichen wollen wir bekämpfen, z. B. durch eine SOS-App-Funktion. Darüber hinaus richten wir Frauennachttaxis ein.
- Wir finanzieren unterstützende Angebote für queere Menschen und wollen die Bündelung der queeren Angebote an einem Standort unterstützen.
- Wir behalten alle Geschlechter in ihrer Vielfalt bei allen Entscheidungen unserer Kommune im Blick.

- Wir werden gendersensible Instrumente in der Stadtentwicklung einführen und anhand des Ergebnisses der bereits beschlossenen Prüfung die geschlechtsneutrale Gestaltung von Toilettenanlagen diskutieren.
- Wir setzen die UN-Behindertenrechtskonvention in Kassel um und begleiten den Start einer bzw. eines hauptamtlichen Behindertenbeauftragten. Darüber hinaus erstellen wir entsprechend des gemeinsam gefassten Beschlusses ein Konzept zur stärkeren Beschäftigung von Menschen mit Behinderung in der Verwaltung und setzen es um.
- Wir wollen Mobbing und Diskriminierung auf allen gesellschaftlichen Ebenen bekämpfen und dazu passende Weiterbildungen und Schulungen für das städtische Personal anbieten.
- Wir wollen das landesrechtliche Versammlungsverbot in unmittelbarer Nähe von Beratungsstellen konsequent umsetzen.
- Wir sichern die Beratung für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter finanziell ab.
- Auf öffentlichen Toiletten werden wir kostenlose Hygieneprodukte zur Verfügung stellen.

# Recht, Sicherheit und Digitalisierung

- Wir verstehen das Ordnungsamt als Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger und werden es bedarfsgerecht ausstatten. Zusätzlich prüfen wir, wie wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes so weiterbilden können, dass sie eine bundesweite Vorbildfunktion hinsichtlich Bürgernähe und Antidiskriminierung einnehmen. In diesem Sinne prüfen wir auch die Möglichkeiten der sichtbaren Trennung landespolizeilicher Hoheits- und kommunaler Ordnungsaufgaben hinsichtlich der Stadtpolizei.
- Wir streben eine erhöhte Präsenz des Ordnungsamts an Kriminalitätsschwerpunkten an und wollen seine Erreichbarkeit auch außerhalb der Einsatzzeiten verbessern. Wir wollen zudem, dass die Stadt eine moderierende Rolle annimmt, sich mit der Polizei abstimmt und somit auch weitere Quartiere in den Blick nimmt. Wir wollen sicherstellen, dass das Ordnungsamt bei allen Verstößen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung einschreitet.
- In der Drogenpolitik steht für uns der Mensch im Vordergrund. Suchtkranken soll Hilfe angeboten und gleichzeitig die Sicherheit im Umfeld der Szenetreffpunkte gestärkt werden. Daher prüfen wir ein Konzept aus Prävention und Repression im Umgang mit den unterschiedlichen Drogen-, Trinker- und Dealerszenen unter Einbeziehung der kommunalen Sozialarbeit.
- An Kriminalitätsschwerpunkten werden wir die Einführung von Waffenverbotszonen erproben und streben für diese Erprobung eine enge wissenschaftliche Begleitung an. Mit dieser Begleitung soll die Wirksamkeit einer solchen Maßnahme erforscht werden. Dabei soll auch evaluiert werden, ob eine Waffenverbotszone das Problem des Racial Profiling befördert.
- Wir werden das Mittel der Videoüberwachung zur Kriminalitätsbekämpfung nutzen. Dabei stimmen wir darin überein, dass die staatliche Videoüberwachung öffentlicher Flächen zum Schutz der individuellen Persönlichkeitsrechte und zum Nutzen ungezwungener Begegnung der Menschen mit Augenmaß eingesetzt werden muss. Ihr Einsatz kann an Orten gerechtfertigt sein, an denen ausweislich erhobener ortsbezogener kriminalstatistischer Daten schwerpunktmäßig Straftaten stattfinden, deren Verhinderung oder Aufklärung durch den Einsatz von Videoüberwachung wahrscheinlich ist.
- Wir setzen das Landesprogramm „Kompass“ in Kassel weiter um und ergänzen es um eine Evaluation für dessen Anwendung in der Großstadt.
- Angsträume und Kriminalitätsschwerpunkte wollen wir bereits stadtplanerisch verhindern, z. B. durch bessere Beleuchtung von Straßen und Gehwegen.
- Wir wollen Müllablagerungen im öffentlichen Raum schnellstmöglich beseitigen, indem wir Reinigungsintervalle im Rahmen der personellen Möglichkeiten verkürzen und Verschmutzungen im öffentlichen Raum durch angemessene Bußgelder ahnden. Die bereits beauftragte Parkordnung wollen wir so gestalten, dass die Sauberkeit der Grünflächen und Parks gewährleistet wird. Dabei werden wir prüfen, ob die Nutzung von Einweggrills in städtischen Grünanlagen untersagt und feste Grillplätze eingerichtet werden können. Illegale

Graffiti wollen wir schnellstmöglich entfernen und zugleich mehr legale Graffiti-Flächen ausweisen, damit Street Art nicht zwangsläufig zur Sachbeschädigung führt.

- Wir kämpfen konsequent gegen Rechtsextremismus und setzen hierfür auch auf geeignete Präventionsarbeit. Insbesondere setzen wir uns für Gedenk- und Lernorte gegen Hass und Hetze ein. Die Landesprogramme gegen Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus und andere verfassungsfeindliche Bestrebungen werden wir noch stärker in Kassel nutzen.
- Wir wollen den Neubau und die Sanierung von Feuerwehrhäusern fortführen, sowohl bei der Berufsfeuerwehr als auch bei der Freiwilligen Feuerwehr. Die offenen Stellen bei der Berufsfeuerwehr wollen wir besetzen.
- Den Katastrophenschutz wollen wir stärken. Wir setzen auf effiziente Frühwarnsysteme, werden die Bevölkerung für Katastrophenschutz sensibilisieren und über notwendige Maßnahmen aufklären. Unser Ziel ist die Vernetzung aller am Katastrophenschutz beteiligten Akteurinnen und Akteure. Wir wollen pandemische und epidemische Lagen auch im Katastrophenschutz berücksichtigen und prüfen notwendige Ergänzungen zu den bestehenden Bundes- und Landesmaßnahmen. Darüber hinaus werden wir das Hochwasserschutzkonzept regelmäßig überprüfen und aktualisieren und richten den Waldbrandschutz auf die Herausforderungen des Klimawandels neu aus. Unser Ziel sind resiliente Systeme zur Aufrechterhaltung der Grundversorgung auch in Notlagen.
- Wir setzen im Smart-City-Prozess einen Fokus auf Ökologie und Klimawandel.
- Wir setzen eine umfassende Strategie für ein digitales Rathaus um. Unsere Ziele sind digitale Behördengänge und Beteiligungsmöglichkeiten wie die Möglichkeit zur Zusammenarbeit an digitalen Dokumenten sowie die generell papierlose Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung (Stavo). Um mehr politische Transparenz zu schaffen, prüfen wir die Einführung eines Livestreams der öffentlichen Stavo-Sitzungen. Darüber hinaus sorgen wir für ausreichend Personal zur Digitalisierung des Rathauses und zur Verbesserung der E-Government-Instrumente. Bei der städtischen IT-Arbeit wollen wir nach Möglichkeit quelloffene Software einsetzen oder entwickeln lassen. Die Optimierung des Ressourcenverbrauchs während des Betriebs und bei der Entsorgung von Geräten und Software (Green IT) ist Grundvoraussetzung. Den Schutz personenbezogener Daten nehmen wir sehr ernst: Strenger Datenschutz und das Berücksichtigen von Sicherheitsanforderungen schon in der Planungsphase (Security by Design) sind hier unsere Leitlinien, dies gilt neben den Smart-City-Lösungen besonders für kritische Infrastrukturen und die dort genutzte Software.
- Wir schaffen die Funktionen einer Problem-App, mit der sich unkompliziert Probleme (z. B. beschädigte Parkbänke, Scherben auf Straßen etc.) an die Verwaltung übermitteln lassen. Hierzu wird geprüft, inwieweit sich bestehende Angebote wie die Kassel-App und die „Müllappfuhr“ der Stadtreiniger erweitern lassen. Insgesamt werden wir bei den städtischen Eigenbetrieben die Potenziale der Digitalisierung nutzen.

- Wir wollen darauf hinwirken, dass das Glasfasernetz und das 5G-Netz weiter ausgebaut werden. Zusätzlich streben wir kostenfreies WLAN in öffentlichen Gebäuden an und prüfen dessen Einführung für das gesamte Stadtgebiet im Rahmen des Smart-City-Prozesses.
- Wir verfolgen eine OpenData-Strategie und bauen das städtische Online-Angebot an Karten, digitalem Zwilling und Daten aus.

# Kultur

- Wir setzen die Kulturkonzeption um. Zahlreiche der Umsetzungsmaßnahmen der Kulturkonzeption finden sich auch explizit in den folgenden Vereinbarungen.
- Wir werden die Kulturförderung intensivieren und die Projektmittel für die Kultur erhöhen, zunächst vor allem, um kulturellen Initiativen eine Rückkehr in den Alltag nach der Corona-Pandemie zu ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir Beratung und Begleitung in der Kulturförderung verbessern – insbesondere soll das Potenzial der Förderung von Land, Bund und EU besser ausgeschöpft werden.
- Wir sorgen für eine transparente Bewerbung der Förderung für Kulturtreibende und Kreativwirtschaft. Dazu gehört auch die Förderung der freien Tanz- und Theaterszene sowie eine stärkere Koordinierung dieser Angebote.
- Wir wollen Künstlerinnen und Künstler, die sich mit Kassel und der Region beschäftigen, stärker unterstützen.
- Wir stärken das Staatstheater als Drei-Sparten-Haus mit A-Orchester. Wir wollen eine Ersatzspielstätte während der Opernhaussanierung, für die eine Nachnutzung gefunden werden muss.
- Wir streben die Schaffung einer derzeit fehlenden Veranstaltungshalle für 800 bis 1.000 Personen an.
- Wir realisieren das Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft zeitnah und werden das Palais Bellevue als offenen Kulturort etablieren. Wir geben der freien Kulturszene mehr materiellen und ideellen Raum. Darüber hinaus betreiben wir eine konsequente städtebauliche Weiterentwicklung leerstehender Flächen auch für kulturelle Nutzung. Das Dock4 verstehen wir perspektivisch als Haus der freien Kulturszene.
- Wir bekennen uns zu Kassel als zentralem Standort der documenta und stehen für die Umsetzung und Begleitung des Aufsichtsrats-Beschlusses zur documenta. Wir arbeiten die Probleme bei der d14 und d15 auf und führen Gespräche mit Bund und Land über eine kooperative Weiterentwicklung der Strukturen der documenta. Dabei stellen wir sicher, dass auch künftig keine Entscheidungen gegen die Stadt Kassel als Gesellschafterin getroffen werden können.
- Wir evaluieren die documenta 15 auf Nachhaltigkeit und Klimaneutralität.
- Die Aufarbeitung der documenta-Geschichte zu unterstützen, stellt für uns eine Selbstverständlichkeit dar.
- Wir wollen die Arbeitsplatzbedingungen der documenta gGmbH-Beschäftigten verbessern.
- Hinsichtlich des documenta-Instituts/Zentrums streben wir eine gemeinsame Lösung in enger Abstimmung mit Bund und Land an, welche die Stimmen und Impulse der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt.
- In den Stadtteilen bestehende Bürgerhäuser sollen modernisiert und weitere Begegnungsorte geschaffen werden. Insbesondere soll ein Ersatz für das Olof-Palme-Haus geschaffen werden.

- Wir wollen eine digitale und analoge Vermarktung der Kasseler Kunst- und Kulturszene (z. B. Visit Kassel-App, Programmzettel, zentrale Website, stadtweit angebrachte QR-Codes). Dabei betreiben wir auch mehr Marketing für Kassel als Grimm-, Welterbe- und documenta-Standort und streben eine gemeinschaftliche Vermarktung der Museen in städtischer und Landesträgerschaft an.
- Wir wollen das große kreative Potenzial, das Kunsthochschule, Universität und Musikakademie für die Menschen in Kassel bieten, fördern und weiterentwickeln. Zusätzlich suchen wir eine noch bessere Kooperation mit der MHK, beispielsweise zur Weiterentwicklung der Torwache zum Grimm-Ort im Zusammenspiel mit der Grimmwelt.
- Wir unterstützen die Breitenkultur, die Spitzenkultur und die junge Szene. Wir fördern Kunst und Kultur, auch moderner Formen, im öffentlichen Raum (z. B. kolorcubes, Raum für Urbane Experimente). Wir fördern dezentrale Kulturveranstaltungen, indem wir u. a. den öffentlichen Raum in den Stadtteilen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus fördern wir die vielfältige Clubszene Kassels.
- Wir verankern Kinderkultur als Schwerpunkt städtischer Kulturarbeit, schaffen mehr Projekte für Kinder und sorgen für einen besseren Zugang von Jugendlichen zur Kulturszene, beispielsweise durch einen jährlichen Schulkulturtag.
- Wir wollen die trotz der Verbesserung durch die Marstall-Lösung unbefriedigende Situation für das städtische Archiv beenden und prüfen, ob eine gemeinsame Lösung mit der Stadtbibliothek Synergien schafft. Hierbei wollen wir prüfen, ob das rurHaus als Standort infrage kommt. Unabhängig davon begleiten wir die Stadtbibliothek auf ihrem begonnenen Weg, ein Lernort für alle Menschen zu werden. Dabei sollen auch mehr digitale Medien angeboten werden können.
- Wir stärken das Stadtmuseum und beauftragen eine Machbarkeitsstudie für eine langfristige Erweiterung des Naturkundemuseums. Insgesamt stehen wir zu Kassel als Stadt der Museen und unterstützen auch nichtstädtische Ausstellungsräume. Dabei haben wir z. B. das Astronomisch-Physikalische Kabinett, die Caricatura, das Tapetenmuseum sowie das Henschel- und das Technikmuseum im Blick.
- Wir unterstützen das Archiv der deutschen Frauenbewegung.
- Wir sichern den Bestand der Musikakademie der Stadt Kassel „Louis Spohr“ und der Musikschulen und werten diese weiter auf.
- Wir erhalten weiterhin das Dichterhaus von Christine Brückner und Otto Heinrich Kühner.
- Wir unterstützen Volksfeste wie Zissel, Waldauer Entenkirmens und Wehlheider Kirmes, Karneval und Altstadtfest und entwickeln sie weiter.
- Wir verfolgen einen aktiven Ausbau der Filmförderung im Sinne der Koordinierung von Kassel als Drehort für Filmproduktionen und Filmwirtschaft. Wir unterstützen Filmtheaterbetriebe, wenn sie besondere kulturelle Aktivitäten anbieten.
- Wir wollen Kassel als Standort auch für größere Konzerte etablieren, beispielsweise im Auestadion.

- Wir werden den kulturellen Austausch mit unseren Partnerstädten fördern (z. B. die Jubiläumsfeier der Städtepartnerschaft mit Ramat-Gan zeitnah nachholen) und streben eine neue Partnerschaft mit einer ukrainischen Stadt an.
- Wir unterstützen Projekte von Vereinen, die sich in besonderer Weise um die europäische Integration und die internationalen Beziehungen der Stadt und Stadtgesellschaft bemühen, z. B. Projekt „Europahaus“.
- Wir wollen das Kunstwerk Public Childcare der Künstlerin Graziella Kunsch in Kassel erhalten und einen Begegnungsort für Eltern und ihre Kleinkinder schaffen.

# Regeln der Zusammenarbeit

- Die Zusammenarbeit von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der FDP als „Koalition der Vernunft“ bezieht sich auf die Arbeit in der 19. Wahlperiode der Kasseler Stadtverordnetenversammlung – also bis zur Kommunalwahl 2026.
- Die Fraktionen der beteiligten Parteien werden Anträge und Anfragen nur gemeinsam und mit dem Einverständnis aller Koalitionspartnerinnen stellen. Eine Ausnahme bilden Fragen für die Fragestunde, welche ohne Absprache gestellt werden können. Allerdings ist auch hier auf eine Fragestellung im Sinne der gemeinsamen Arbeit der Koalition zu achten.
- Auch zu Anträgen anderer Fraktionen und fraktionsloser Stadtverordneter verhalten sich Koalitionspartnerinnen nur im Konsens. Die Antragsinitiativen anderer demokratischer Fraktionen werden stets auf ihre Zustimmungsfähigkeit – ggf. unter Zuhilfenahme eines Änderungsantrags – geprüft. Kann keine Einigung erzielt werden, werden die Anträge anderer Fraktionen und fraktionsloser Stadtverordneter abgelehnt. Unterschiedliches Abstimmungsverhalten zu solchen Anträgen ist zulässig, wenn dies im Voraus einvernehmlich von allen drei Koalitionspartnerinnen vereinbart wurde.
- Auch zu überregionalen Fragestellungen in Gremien wie der Regionalversammlung oder dem Zweckverband Raum Kassel, welche die Stadt Kassel betreffen, findet eine Abstimmung im Vorfeld statt.
- Antragsvorhaben und Anfragen werden der jeweils anderen Fraktion so frühzeitig zur Kenntnis gegeben, dass in deren Gremien eine angemessene Beratung erfolgen kann. Die Rückmeldung auf das Antragsvorhaben und die Anfrage soll nach der nächsten Fraktionssitzung der Partnerinnen erfolgen.
- Das Abstimmungsverhalten in den einzelnen Ausschüssen wird ebenfalls rechtzeitig vor den Ausschusssitzungen besprochen. Verantwortlich sind die jeweils zu benennenden Zuständigen jeder Koalitionspartnerin im jeweiligen Ausschuss. Wird hierbei von einer Partnerin Beratungsbedarf angemeldet, ist der betreffende Tagesordnungspunkt gemeinsam zu schieben, so dass im Koalitionsausschuss eine gemeinsame Linie vereinbart werden kann.
- Sollte auf Grund unvorhersehbarer Umstände ein kurzfristiger Entscheidungsbedarf bestehen und die Einhaltung des zuvor vereinbarten Verhaltens nicht möglich sein, liegt die Entscheidungshoheit bei den Fraktionsvorsitzenden bzw. im Abwesenheitsfalle bei deren Stellvertretern und Stellvertreterinnen. Auch hier gilt das Prinzip der Einstimmigkeit in der Koalition.
- Pressemitteilungen und Veröffentlichungen werden den Partnerinnen zur Kenntnisnahme zugeleitet.
- Der Koalitionsausschuss kommt im Turnus von zwei Wochen mit maximal sechs Teilnehmenden aus jeder Vertragspartnerin zusammen. Teilnahmeberechtigt sind die Parteivorstände, die Fraktionsvorstände, ehrenamtliche Magistratsmitglieder, Fraktionsgeschäftsstellen sowie weitere Personen nach Vereinbarung. Das Stimmenverhältnis im Koalitionsausschuss ist unerheblich, da Entscheidungen im Konsens der

Vertragspartnerinnen getroffen werden müssen. Zusätzlich sollen die hauptamtlichen Mitglieder des Magistrats aus den Reihen der Koalition an den Sitzungen des Koalitionsausschusses teilnehmen. Der Koalitionsausschuss dient zur Vorbereitung der Gremiensitzungen und zur Besprechung von allen wichtigen stadtpolitischen Themen.

- Von jeder Sitzung des Koalitionsausschusses ist abwechselnd ein Ergebnisprotokoll anzufertigen. Die protokollführende Fraktion lädt zu der folgenden Sitzung unter Benennung einer Tagesordnung ein.
- Sämtliche verbindliche Kommunikation zwischen den Partnerinnen erfolgt – im Regelfall per E-Mail – über die jeweiligen Fraktionsgeschäftsstellen. Maßgeblich ist der dortige Kenntnisstand. Nach mündlichen Vereinbarungen soll eine schriftliche Zusammenfassung der Vereinbarung allen Fraktionsgeschäftsstellen zugehen.
- Die Koalition sorgt für folgende Zusammensetzung des hauptamtlichen Magistrats (inklusive Oberbürgermeisterin bzw. Oberbürgermeister), wenn das Amt der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters aus einer der Vertragsparteien besetzt wird: Drei Mitglieder für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zwei Mitglieder für die CDU, ein Mitglied für die FDP. Sollte das Amt der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters nicht aus einer der drei Vertragsparteien besetzt werden, teilt die Koalition das Vorschlagsrecht für die Wahlen zu den übrigen fünf Dezernaten wie folgt auf: Drei für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eines für die CDU, eines für die FDP. In jedem Fall steht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Amt der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters zu. Die Wahlvorschläge der jeweils vorschlagsberechtigten Vertragspartei werden von allen drei Fraktionen gewählt.